

# Kiefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt  
Tageblatt Kiefa,  
Ferneff Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Kiefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Kiefa, des Rates der Stadt Kiefa,  
des Finanzamts Kiefa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530.  
Girokonto:  
Kiefa Nr. 52.

Nr. 122.

Freitag, 27. Mai 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Kiefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Pöhm- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckend und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Demilliger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Kiefa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Kiefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Kiefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Kiefa.

## Nervenkrise — Staatskrise.

Die Ereignisse im Preussischen Landtag, die das ohnehin in den letzten anderthalb Jahren stark erschütterte Vertrauen der in- und ausländischen Öffentlichkeit auf die Funktionsfähigkeit und Arbeitswilligkeit der deutschen Volksvertretungen stark erschüttert haben, müssen angesichts dieser beispiellosen Zuspitzung der Krise einmal auf ihre soziologischen und psychologischen Gründe zurückgeführt werden. Es geht nicht an, bei solchen Vorgängen nur erschüttert oder empört Disziplinlosigkeit und Würdelosigkeit der Diskussion und der „Aktion“ festzustellen. Solche Feststellungen bleiben an der Oberfläche und können keinesfalls dazu dienen, die Gefahren, von denen das deutsche Volk bedroht wird — denn um das Schicksal des Volkes, nicht der Parlamente handelt es sich — zu bannen.

Es kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die Krise im Landtag herbeigeführt worden sind durch eine Zielbewußtheit, bis auf äußerste gesteigerte Provokation von kommunistischer Seite. Die Kommunisten wußten, daß den Nationalsozialisten von ihren Führern strikte Anweisung zu äußerster Kaltblütigkeit gegenüber allen Provokationen, zur Wahrung strengster Disziplin gegeben worden war. Man weiß auch, daß das Wort der Führer bei den Nationalsozialisten viel gilt, ja, daß es riskant für sie ist, sich den gegebenen Direktiven nicht zu fügen. Wie also ist es zu erklären, daß gleichwohl der politische Fanatismus die gesetzlichen Schranken durchbrach und seine Erbitterung in der Welle ausstobte, wie es geschah?

Die Ursache dafür liegt ganz einfach in der Nervenkrise, die heute die Massen des deutschen Volkes durchzittert und am schwersten naturgemäß das seelische Gleichgewicht derer belastet, die dem politischen Geschehen am nächsten stehen, vor allen Dingen aber derer, die sich zu Treuhändern der am schwersten notleidenden Teile des deutschen Volkes berufen glauben. Daß die Kommunisten solche Treuhänderschaft für ihre Volksgenossen nicht in Anspruch nehmen können, bedarf nicht der besonderen Betonung. Daher waren sie in der Lage, die Temperatur der Situation kaltblütig und zweckbewußt bis zur Siedehitze zu steigern, wenigstens ihnen der schließliche Effekt dieser Taktik wohl nicht gerade vorgezeichnet hat. Immerhin erreichten sie ihren Zweck, die Gegner vollkommen um ihr seelisches Gleichgewicht zu bringen und sie zu Gewalttaten hinzureißen, wie sie die deutsche Parlamentsgeschichte noch nicht erlebt hat.

Aber eben in diesem unbestreitbaren Erfolg der Taktik zweckbewußter Gewissenlosigkeit offenbart sich die Gefahr, von der Volk und Staat in der gegenwärtigen Situation bedroht sind. Man kann dabei die Frage des Parlamentarismus und der Krise, in die er ganz unzweifelhaft geraten ist, außer acht lassen. Die Nervenkrise, die den tieferen Grund und die eigentliche Ursache der Geschehnisse darstellt, ist weit über das aktuelle Geschehen hinaus insofern das Symptom einer drohenden Staatskrise, weil sie erweist, daß sie jederzeit zu einer Krise der Führung und der Führung sich auszuweiten kann. Die Bedeutung der Führung und der Führer aber wächst im Quadrat zur Größe der Not, zu deren Bewältigung die Führer berufen sind. Hier liegt die eigentliche Gefahrenquelle, denn es ist ja in bezug auf die von Führung und Führern zu fordernde — und von ihnen verlangte — Lösung gänzlich gleichgültig, ob und in welchem Grade sie provoziert oder gar unmittelbar bedroht wurden. Es handelt sich darum, daß Führung und Führer um so kaltblütiger und überlegener bleiben, je unmittelbarer und näher die Gefahr für Staat und Volk droht. Daran ist die Qualität, die Beruflichkeit der Führer zu bewerten, und wenn in entscheidenden Momenten die Nerven versagen, so hat die Führung versagt, so gewinnt das bedrückende Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Krise Raum.

Das ist von innen her betrachtet die Bedeutung der bewährlichen Ereignisse des schwarzen Mittwochs im Preussischen Landtag. Man soll nicht unterlassen, auch eine Betrachtung und Würdigung von außen her zu versuchen. Dabei handelt es sich wiederum nicht um die banale Tatsache, daß selbstverständlich derartige Vorgänge in Deutschland vom Ausland als Bestätigung aller schwärzesten Befürchtungen empfunden werden. Es muß vielmehr unterstrichen werden, daß die verhängnisvolle internationale Politik, insbesondere während der akuten Krisenperiode, unmittlere und entscheidende Schuld daran hat, wenn die Nerven des deutschen Volkes die Herrschaft, die seit anderthalb Jahrzehnten mit ihnen angeheftet wird, nun nicht mehr ertragen. Wie der Bahnweg der internationalen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre durch immer geschäfter auftretende Zusammenbrüche quillert wird, so wird der Widerspruch des rein politischen Gebarens durch Nerven zusammenbrüche der Völker quillert, gegen die sich die „europäische und Weltpolitik der letzten anderthalb Jahrzehnte gerichtet hat und trotz aller Beschwörungen und Warnungen immer noch richten zu wollen scheint. Wäre man draußen wie drinnen diese Nervenkrise des deutschen Volkes in zwölfster Stunde noch als Vorbote der Staatskrise erkennen und sich darüber klar werden, daß daraus über Nacht eine Weltkrise werden kann!

## Wieder amerikanische Goldsendung für Europa.

„New York. Der Dampfer „Verona“ ist mit 20 Millionen Dollar in Gold an Bord nach Europa abgegangen. Davon sind 7 Millionen für Frankreich, 6 für die Schweiz, 3 für Belgien, 2 für Holland und 0,5 für Deutschland bestimmt.“

## Reichstagsbeginn am 6. Juni fraglich.

vdg. Berlin. Bei der vom Reichspräsidenten Pöbe für Dienstag nachmittags einberufenen Sitzung des Reichstags handelt es sich um die Sitzung, die bei der Vertagung des Reichstages von diesem selbst zur Entscheidung über den Termin des Wiederausammentretens des Parlaments in Aussicht genommen war. Der Reichstag selbst hatte dabei den Wunsch zum Ausdruck gebracht, am 6. Juni wieder zusammenzutreten. Präsident Pöbe wird, wie das Nachrichtenbüro des Reichstages, in der Reichstagsitzung am Dienstag diesen Wunsch vertreten. Ob es tatsächlich zur Einberufung des Reichstages für den 6. Juni kommt, hängt allerdings noch von dem weiteren Verlauf der Beratungen des Kabinetts über den Etat und die dringende Notverordnung und insbesondere von der für Sonntag in Aussicht genommenen Besprechung des Reichspräsidenten mit dem Reichskanzler ab. Schon jetzt neigt man in Kreisen der Reichsregierung zu dem Wunsche, die Pause in den Reichstagsverhandlungen zu verlängern. Ein Vorschlag in dieser Richtung ist jedoch von amtlicher Stelle noch nicht gemacht worden.

Ferner wird sich der Reichstag am Dienstag mit der Frage zu beschäftigen haben, ob auch bei einer bloßen Vertagung des Parlaments die in der Verfassung erwähnte Minderheit das Recht zu vorzeitiger Einberufung des Reichstages haben soll. Für den Preussischen Landtag ist dieses Recht der Minderheit durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs festgestellt worden. Präsident Pöbe hat den Wortlaut dieses Urteils vervielfältigt und den Mitgliedern des Reichstages als Grundlage für die Beratungen am Dienstag zu stellen lassen.

## Keine Kabinettskrise?

Die Wünsche des Reichspräsidenten

Berlin, 27. Mai.

In Börsenkreisen nicht nur Berlins, sondern auch im Reich waren am Mittwoch Gerüchte über einen Rücktritt

Dr. Brüning verbreitet. Man sprach sogar schon von dem angeblichen Nachfolger. Aus ununterrichteten Kreisen wird uns versichert, daß diese Gerüchte vollkommen falsch sind. In Gegenwart sprechen sogar die stärksten sachlichen Gründe dafür, daß der Kanzler weiter im Amt bleibt.

Dieser Eindruck wird als Ergebnis der Besprechung bestätigt, die Staatssekretär Reichner in Reuders mit dem Reichspräsidenten gehabt hat. Der Reichspräsident hat eine Reihe von Wünschen, die sich auf die Ergänzung des Reichskabinetts und auf die Gestaltung der neuen Notverordnung beziehen. Schon die Tatsache, daß Staatssekretär Reichner dem Kanzler diese Wünsche gestern übermittelt hat, ist ein Beweis dafür, daß es eine Kabinetts- oder Kanzlerkrise nicht zu denken ist. Bester fand wegen des Fronleichnamfestes keine Kabinettsitzung statt; aber man kann wohl annehmen, daß die Reichsregierung die nächsten Tage dazu benutzten wird, die Notverordnung den Wünschen des Reichspräsidenten anzupassen.

Diese Wünsche beziehen sich vor allem darauf, daß ein stärkerer Rechtschutz gegen die Enteignung bei der Verwendung von Gütern zu Siedlungszwecken in die Notverordnung eingebaut wird, und daß keine Kürzung der Kriegsrente eintritt.

Was die Ergänzung des Reichskabinetts anlangt, so legt der Reichspräsident vor allem Wert darauf, daß das Innenministerium mit einer starken und autoritativen Persönlichkeit besetzt wird. Das ist eine Notwendigkeit, von der gerade angesichts der sich täglich häufenden kommunistischen Erwerbslosenunruhen auch der Kanzler durchdrungen sein dürfte. Im einzelnen werden diese Dinge natürlich in der Aussprache zwischen Kanzler und Reichspräsident erörtert werden, die nun bereits am Sonntagvormittag stattfinden soll. In ununterrichteten Kreisen besteht kein Zweifel mehr darüber, daß ihr Ergebnis nur eine Bestätigung des alten Vertrauensverhältnisses sein wird, das immer zwischen dem Reichspräsidenten und Dr. Brüning bestanden hat.

## Aus dem neuen Reichshaushalt.

Erhebliche Kürzungen der bisherigen Anlässe.

Berlin. Aus dem neuen Reichshaushalt, der zwar vom Kabinett noch nicht endgültig verabschiedet ist, aber in wesentlichen Teilen bereits dem Reichstag vorliegt, werden die ersten Einzelheiten bekannt.

Darunter sind im Haushalt des Reichsinnenministeriums die bisherigen Anlässe fast durchweg erheblich gekürzt, unter anderem bei folgenden Titeln: Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke um 120 000 Mk., Förderung der Theaterkultur um 50 000 Mk., für das Philharmonische Orchester Berlin um 85 000 Mk., für die Deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung 540 000 Mk., für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 200 000 Mk.; die Erziehungsbeihilfen sind um 200 000 Mk., die studentische Wirtschaftshilfe um 500 000 Mk. gekürzt worden. Die Mittel für die Bekämpfung des Alkoholismus sind um 420 000 Mk. gekürzt worden und weiterhin hat eine Kürzung für die besonderen kulturellen Aufgaben im Interesse des Deutschtums um 170 000 Mk. stattfinden müssen.

Neu eingestellt in den Haushalt ist ein Betrag von 1,5 Mill. Mk. zur körperlichen und geistigen Erleichterung der Jugend, für persönliche und sächliche Kosten; für Maßnahmen zum Schutz der Republik und für die Verfassungsfeier der Reichsregierung sind 157 000 Mk. angefordert.

Neu eingestellt in den Etat ist eine Summe von 300 000 Mk. für Vorbereitungsmaßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen Gefahren aus der Luft.

Zur Förderung der Luftschifffahrt sind 700 000 Mark gegenüber 600 000 Mk. im Jahre 1931 vorgesehen.

Im außerordentlichen Haushalt sind unter anderem vorgesehen für den Bau eines Staubeckens an der Elager Reihe bei Otinadau 7,5 Mill. Mark und für die Vollendung des Mittelkanals 12 Mill. Mark.

Neu ist in den Verkehretat eingestellt worden ein Betrag für die Fremdenverkehrsverbände.

Der Beitrag zur wirtschaftlichen Förderung der deutschen Luftfahrtindustrie ist von sieben Millionen auf 11 Millionen Mark erhöht worden.

Zur Förderung des öffentlichen Luftverkehrs durch die Deutsche Luftverkehrsgesellschaft werden 17,3 Millionen Mark angefordert. Der Anschlag hat um rund eine Million niedriger als im Vorjahr gehalten werden können, weil bereits eine starke Nationalisierung des Betriebes durchgeführt worden ist. Für das Segelflugwesen werden 345 000 Mk. angefordert.

Im Haushalt des Auswärtigen Amtes werden die Kosten Deutschlands für den Völkerverbund auf 2 157 000 Mk. beziffert, das ist um 152 300 Mk. mehr als im Vorjahr.

## Das Reichskabinett bei Umarbeitung der Notverordnung

Unzutreffende Gerüchte über Ministerernennungen.

Berlin. (Funkpruch.) Das Reichskabinett ist heute vormittags zu einer Sitzung zusammengetreten, die auch nachmittags weitergehen wird. Es beschäftigt sich bereits damit, die Notverordnung den Wünschen anzupassen, die der Reichspräsident dem Kanzler durch Staatssekretär Reichner übermitteln ließ. Aus dieser sachlichen Arbeit ergibt sich die Bestätigung, daß die Krisengerüchte der letzten Tage endgültig überholt sind. Dabei ist es selbstverständlich, daß die letzte Entscheidung über die weitere Entwicklung in der für Sonntag angelegten Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler liegt. Deshalb ist es auch vollkommen abwegig, wenn in einem Teile der Presse, so in einem Berliner Mittagsblatt, der Eindruck erweckt wird, als lägen für einen Teil der schwebenden personellen Fragen bereits feste Tatsachen vor. Unter anderem wird Oberbürgermeister Dr. Goerdeler wieder für den Posten des Reichswirtschaftsministers genannt. Wir glauben zu wissen,

daß Dr. Goerdeler, seinen eigenen Wünschen entsprechend für die Leitung dieses Ressorts überhaupt nicht mehr in Frage kommt. Außerdem bezeichnet man General Döberlein, den Chef des Gruppenkommandos I, bereits als Reichswirtschaftsminister. Gewiss ist es möglich, daß dieser erfahrene und überaus geschätzte Offizier als erster für die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums in Frage kommt. Es muß aber mit allem Nachdruck betont werden, daß die Entscheidung darüber beim Reichspräsidenten liegt, der nach der Bestätigung die Minister auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt. Welche Persönlichkeiten der Präsident berufen wird, darüber wird wohl auch erst am Sonntag gesprochen werden. Das ergibt sich schon ganz selbstverständlich aus dem starken aktiven Einfluß, den Reichspräsident von Hindenburg nach seiner Wiederwahl — und das selbst von seinem Urlaub aus — auf die Reichspolitik ausübt.